

Die Einwanderung ins Auswandererland

Marokko sucht nach neuen Lösungen im Umgang mit der zunehmenden Immigration aus dem Sahel und den Ländern südlich der Sahara

Migrationsströme führten in Marokko während Jahrzehnten in eine Richtung: nach Europa. Doch immer weniger Marokkaner wandern aus, dafür steigt die Zuwanderung. Erstmals sollen illegal im Land lebende Migranten Aufenthaltspapiere erhalten.

Beat Stauffer

Als die marokkanische Polizei kürzlich rund 800 afrikanische Flüchtlinge daran hinderte, in einem Massenansturm das Gebiet der spanischen Exklave Melilla zu erreichen, rückte diese EU-Aussengrenze auf afrikanischem Boden für einen kurzen Moment in das Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit. In regelmässigen Abständen unternehmen Migranten aus Sahelstaaten und verschiedenen afrikanischen Ländern Versuche, die stark gesicherten Grenzen der beiden spanischen Exklaven Ceuta und Melilla zu überwinden. Dies meist ohne Erfolg, da die Grenzbefestigungen seit einem regelrechten Ansturm im Jahr 2005 dreifach und zudem mit besonders gefährlichem Stacheldraht gesichert sind. Die jungen Migranten tragen dabei oft schwere Verletzungen davon. Flüchtlingsorganisationen prangern diese Form des dort verwendeten Stacheldrahts an, die unweigerlich zu Verletzungen führe.

Razzien gegen «Subsahariens»

Da es mittlerweile fast unmöglich ist, diese EU-Aussengrenzen zu überwinden, versuchen immer wieder Migranten, mit einfachsten Schiffen und Gummibooten oder sogar schwimmend die beiden spanischen Exklaven zu erreichen. Bei einem solchen Versuch kamen im April 2013 mindestens elf Migranten ums Leben.

Nach Auskunft von Migranten- und Menschenrechtsorganisationen hausen in den teilweise bewaldeten Gebieten in der Umgebung der erwähnten spanischen Territorien auch im Winter dauernd mehrere hundert Migranten. Sie sind an diese Orte zurückgekehrt, obwohl marokkanische Sicherheitskräfte die primitiven Zeltlager schon mehrfach zerstört und ihre Bewohner vorübergehend festgenommen hatten. Es handelt sich zumeist um junge Männer, die um jeden Preis nach Europa auszuwandern wollen und dazu auch bereit sind, schlimmstenfalls ihr Leben zu opfern. Die allermeisten der auf mindestens 15 000 Personen geschätzten Migranten aus afrikanischen Ländern (siehe Kasten) haben sich allerdings in die Agglomerationen der grossen Städte begeben – vor allem nach Tanger, Rabat und Casablanca – und bemühen sich dort mehr schlecht als recht zu überleben.

Doch auch in den grossen Städten ist ihre Lage alles andere als einfach. Am 4. Dezember letzten Jahres kam in Boukhalef, einer tristen Vorstadt von Tanger, ein junger Mann aus Kamerun nach einer Polizeirazzia zu Tode. Noch ist unklar, was an diesem Tag in der vierstöckigen Liegenschaft, in der der Betreffende zusammen mit Dutzenden von anderen jungen Schwarzen wohnte, genau passierte; ein offizieller Untersuchungsbericht steht noch aus. Fest steht bloss, dass der junge Migrant aus dem vierten Stock des Mietshauses zu Tode stürzte.

Dieser Todessturz, für den die in Boukhalef lebenden Migranten wie auch verschiedene Nichtregierungsorganisationen die Polizei verantwortlich machen, führte in der rund zehn Kilometer ausserhalb von Tanger gelegenen Siedlung zu einem Protestmarsch zahlreicher «Subsahariens», wie Schwarzafrikaner in Marokko genannt werden. Sie beklagten sich über die dauernden Polizeikontrollen und -razzien, über vielfältige Diskriminierungen und offenen Rassismus. Angesichts entsprechender Ängste ist wohl davon auszugehen, dass sich nur ein Bruchteil der in Tanger und Umgebung lebenden Schwarzafrikaner getraute, mit Forderungen an



Die Grenze zwischen Marokko und Melilla bleibt für viele Flüchtlinge unüberwindbar – sie bleiben deshalb in Marokko. REUTERS

die Öffentlichkeit zu treten. Nur wenige Tage später fand als Reaktion ein Marsch empörter Bürger statt, welche die illegal anwesenden Schwarzen für viele Übel verantwortlich machten.

Der Tod des jungen Migranten war leider kein Einzelfall. Im Jahr 2013 kamen nach Aussage von Khadija Ainani, Vizepräsidentin der unabhängigen Menschenrechtsorganisation AMDH, in Marokko mindestens sechs dunkelhäutige Migranten bei gewalttätigen Übergriffen ums Leben. Diese sollen sowohl von Sicherheitskräften wie auch von marokkanischen Bürgern begangen worden sein. Im vergangenen Jahr fanden zudem wiederum kollektive Ausschaffungen beziehungsweise Aussetzungen von Migranten an der Grenze zu Algerien und Mauretanien statt. Über den Umfang dieser Ausschaffungen besteht keine Klarheit; von offizieller Seite waren dazu keine Angaben zu erhalten.

Erfolgreicher Druck der Uno

Seit langem kritisieren verschiedene marokkanische und internationale Nichtregierungsorganisationen – neben der bereits erwähnten AMDH auch etwa der Gruppe antirassistes d'accompagnement et de défense des étrangers et migrants (Gadem) – schwere Missstände im Umgang mit Migranten und Flüchtlingen aus den Sahelstaaten und

Ländern Subsahara-Afrikas. Neben kleinen punktuellen Erfolgen gelang es ihnen aber kaum, die breite marokkanische Öffentlichkeit oder die Entscheidungsträger der marokkanischen Politik zu erreichen. Nach langer, hartnäckiger Lobbyarbeit scheint ihnen nun aber ein Durchbruch gelungen zu sein.

Sie hätten die erwähnten Missstände vor der Uno in Genf dargelegt, erklärt



Hicham Rachidi, Generalsekretär des Gadem. Dies zeigte Wirkung: Die Uno-Kommission, die den Umgang der Mitgliedsländer mit Arbeitsmigranten untersucht, kritisierte Marokko im vergangenen September ungewöhnlich hart. Sie beklagte die Verhältnisse, unter denen die meisten Migranten in Marok-

ko leben mussten, so etwa den fehlenden Zugang zu Gerichten, zu medizinischer Versorgung und zu schulischer Bildung für die Kinder von Migranten. Gleichzeitig rief sie die marokkanische Regierung auf, diskriminierende Praktiken und staatliche Gewalt gegenüber Flüchtlingen zu unterbinden, kollektive Ausschaffungen zu unterlassen und sich an internationale Verpflichtungen zu halten. Der Umstand, dass auch die staatliche Menschenrechtskommission kurz darauf gewisse Missstände kritisierte, dürfte der Kritik der Uno zusätzliche Gewichte verliehen haben.

Intervention des Königs

So oder so: König Mohammed VI persönlich äusserte sich wenige Tage später zur Sache und forderte die Regierung auf, das Thema der klandestinen Migration «in einer umfassenden und humanistischen Perspektive» anzugehen und nach neuen Lösungen im Umgang mit den Migranten zu suchen. Auch wenn dabei – so ist anzunehmen – eher das Image von Marokko und nicht primär die prekäre Lage der Migranten im Vordergrund stand, so löste die königliche Intervention dennoch etwas aus.

Schon tags darauf kündigten mehrere Minister konkrete Schritte an, und rund zwei Monate später, im November 2013, gab Innenminister Mohamed

Hassad eine Reihe neuer Massnahmen bekannt. Im Vordergrund steht dabei, einer bestimmten Anzahl von Migranten ohne Aufenthaltsrecht eine Niederlassungsbewilligung zu erteilen. Sodann stellte Hassad die Eröffnung von Beratungs- und Informationsstellen für Migranten sowie die Schaffung einer nationalen Rekurskommission in Aussicht.

Die Umsetzung dieser Massnahmen hat Anfang 2014 begonnen. Insgesamt sollen in einem ersten Schritt rund 850 Asylbewerber, die vom Uno-Flüchtlingshilfswerk anerkannt worden sind, Papiere erhalten. Ferner können auch Migranten, die eine Reihe von restriktiven Auflagen erfüllen, ein derartiges Gesuch stellen. Sie müssen etwa eine Ehe mit einem Marokkaner, einer Marokkanerin eingegangen sein, seit zwei Jahren über einen Arbeitsvertrag verfügen oder nachweislich seit mindestens fünf Jahren in Land leben. Neu soll schliesslich auch ein Status für zukünftige Asylbewerber geschaffen werden.

Strikte Kriterien

Verschiedene Menschenrechtsorganisationen begrüsst diese neuen Massnahmen als ersten, wichtigen Schritt. Gleichzeitig äusserten sie aber auch Kritik. «Die Massnahmen sind ungenügend und betreffen nur einen kleinen Teil aller Migranten», erklärte etwa Khadija Ainani von der AMDH. Die behördlichen Kriterien führten dazu, dass die Migranten, die am stärksten des Schutzes bedürften – etwa Menschen ohne Arbeitsvertrag und in prekären Wohnverhältnissen – von den Neuerungen gar nicht profitieren könnten. Ainani macht zudem darauf aufmerksam, dass schätzungsweise die Hälfte aller in Marokko lebenden Migranten sich gar nicht im Land niederlassen wollen; diesen Menschen brächten die behördlichen Massnahmen ohnehin nichts.

Deutlich optimistischer sieht Hicham Rachidi von Gadem die in Angriff genommenen Legalisierungen der Aufenthaltssituation. Zwar seien die Kriterien theoretisch sehr restriktiv, sagt Rachidi. Doch gebe es Hinweise darauf, dass die Verantwortlichen diese Bestimmungen grosszügig auslegten. Im besten Fall könnten so Tausende von Migranten einen legalen Aufenthaltsstatus erhalten. Rachidi plädiert denn auch dafür, vorderhand zwei, drei Monate abzuwarten, um sich ein Urteil über die Initiative der Regierung machen zu können. Um auf die Behörden Druck auszuüben und um die Massnahmen kritisch zu begleiten, haben verschiedene Flüchtlingsorganisationen zudem ein Koordinationskomitee mit den Namen «Papier pour tous» gegründet.

Unterschiedlich ist auch die Einschätzung der bisherigen Auswirkungen der neuen Migrationspolitik. Während Rachidi seither eine Art Moratorium für Razzien und Rückführungen von schwarzen Migranten feststellt, erkennt Ainani einen tiefen Graben zwischen den behördlichen Erklärungen zur Besserstellung der Migranten und deren tatsächlicher Lage. Diese Sichtweise teilen auch andere Flüchtlingsorganisationen. In den Migrantenquartieren in Tanger habe sich kaum etwas geändert, erklärte etwa Mohammed Serifi, der sich für das Uno-Kinderhilfswerk Unicef um minderjährige Migranten kümmert, gegenüber der Zeitung «TelQuel». Es werde ein «doppelter Diskurs» geführt.

Hinweise, wonach die Behörden auf beiden Seiten der marokkanisch-algerischen Grenze in der Region von Oujda gegenwärtig den Bau neuer Grenzzäune planen, stützen diese Sicht. Von offizieller Seite waren dazu keine Informationen zu erhalten. Falls sich diese Meldungen bestätigen, bedeutete dies wohl, dass zwar eine gewisse Anzahl von irregulär in Marokko lebenden Migranten Aufenthaltspapiere erhalten werden, dass aber die Politik gegenüber denjenigen, die nach Europa gelangen wollen, fortgesetzt wird. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass Marokko genau diese Politik letztlich unter massivem Druck und im Interesse von Europa betreibt.

Grosszügigkeit, Indifferenz und Rassismus

Der Umgang Marokkos mit den Immigranten aus Sahelstaaten und schwarzafrikanischen Ländern lässt sich nicht leicht auf einen Nenner bringen. Mancherorts zeichnet er sich durch eine gewisse Grosszügigkeit aus. So erteilt Marokko jährlich mehrere tausend Stipendien an Studierende aus diesen Ländern, und Bürger gewisser Sahelstaaten können ohne Visum nach Marokko einreisen und dort für drei Monate bleiben.

Eine zahlenmässige eher geringe Immigration aus den Sahelstaaten existiert schon seit mehr als 20 Jahren. Deren Ziel war fast ausschliesslich Europa; Marokko diente bloss als Transitland. Vor allem in Tanger warteten diese Migranten auf die Möglichkeiten einer heimlichen Ausreise. Doch erst vor etwa zehn Jahren kam es zu einem starken Anstieg der Migrationsbewegung aus Sahelstaaten und Ländern Subsahara-Afrikas in Richtung Europa. Da Europa gleichzeitig seine Aussengrenzen besser sicherte, kam es im Oktober 2005 zum ersten Mal zu einem massiven Ansturm auf die Grenzbefestigungen von Ceuta und Melilla, den beiden an Marokko angrenzenden spanischen Exklaven in Nord-

afrika. In der Folge schafften die marokkanischen Sicherheitskräfte Tausende von afrikanischen Migranten an die Grenze zu Algerien aus.

Seit 2012, so die Beobachtung der renommierten Journalistin und Autorin Zakya Daoud, hat sich die Lage für afrikanische Migranten deutlich verschärft. Viele dieser Menschen erlebten in ihrem Alltag Schikanen, Diskriminierungen, offenen Rassismus und Polizeigewalt. Diejenigen, welche eine Arbeit fänden, würden zudem meist ausgebeutet. Diese Einschätzung deckt sich mit derjenigen von Flüchtlingsorganisationen. Deutlich weniger drastisch beurteilt Mehdi Lahlou, Professor an der Universität Rabat, die Lage. Er stellt im Umgang seiner Landsleute mit den zugewanderten Afrikanern in erster Linie eine Art Gleichgültigkeit fest; bei rassistischen Akten handle es sich eher um Einzelfälle.

Bezüglich der Zahlen der in Marokko lebenden «Subsahariens» existieren nur grobe Schätzungen. Während die einen Experten von etwa 15 000 Personen insgesamt ausgehen, die irregulär im Land leben, schätzen andere, dass sich rund 20 000 faktisch niedergelassen haben

und ebenso viele mittelfristig auf eine Weiterreise nach Europa warten.

Die gegenwärtige Immigration von Personen aus Subsahara-Afrika beurteilt der Migrationsexperte Lahlou als relativ stabil. Im Vergleich zu den Vorjahren gebe es zwar eine leicht höhere Zahl von Migranten, doch es seien zurzeit keine Migrationswellen wie im Jahr 2005 zu beobachten. Nach Ansicht Lahlous dürften der Umsturz in Libyen und der Krieg im Norden Malis Auswanderungswillige aus den Sahelstaaten tendenziell abgeschreckt haben. Gleichzeitig ist die klandestine Ausreise von Marokkanern in Richtung Südeuropa stark zurückgegangen. Lahlou beobachtet gar eine Rückwanderung von Marokkanern, die in Spanien gelebt hatten.

Eine Migrationsbewegung im umgekehrten Sinn findet auch in anderer Form statt: Lahlou schätzt, dass in den vergangenen Jahren rund 15 000 Personen aus Südeuropa in Marokko eine Arbeit in der Niederlassung einer europäischen Firma aufgenommen haben. Nur etwa ein Viertel dieser europäischen Arbeitsmigranten sollen aber eine reguläre Arbeitsbewilligung besitzen.